



75 Jahre
Demokratie
lebendig



Deutscher Bundestag
Wissenschaftliche Dienste

Sachstand

Die militärischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und dem Iran im April 2024 im Lichte des Völkerrechts

Die militärischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und dem Iran im April 2024 im Lichte des Völkerrechts

Aktenzeichen: WD 2 - 3000 - 030/24
Abschluss der Arbeit: 23. Mai 2024 (zugleich letzter Zugriff auf Internetlinks)
Fachbereich: WD 2: Auswärtiges, Völkerrecht, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Verteidigung, Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

Inhaltsverzeichnis

1.	Zu den militärischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und dem Iran im April 2024	4
2.	Rechtliche Vorbemerkungen zum Gegenstand der Untersuchung	6
3.	Beschuss des iranischen Konsulatsgebäudes in Damaskus (1. April 2024)	7
3.1.	Verstoß gegen die Wiener Übereinkommen über diplomatische und konsularische Beziehungen	8
3.2.	Rechtspflichten aus der Diplomatschutzkonvention	11
3.3.	Angriff gegen Syrien	12
3.4.	Angriff gegen den Iran	14
3.5.	Gezielte Tötungen	16
3.6.	Vorliegen eines bewaffneten Konflikts	18
3.6.1.	Konflikt zwischen Israel und Syrien	18
3.6.2.	Konflikt zwischen Israel und dem Iran	22
4.	Angriff des Irans auf Israel (13./14. April 2024)	24
5.	Militäroperation Israels gegen den Iran (19. April 2024)	26

1. Zu den militärischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und dem Iran im April 2024

Im Rahmen dieses Sachstandes werden die militärischen Auseinandersetzungen zwischen dem Iran und Israel – konkret geht es um die Militäroperationen vom 1. April, vom 13./14. April und vom 19. April 2024 – aus Sicht des Völkerrechts untersucht und bewertet. Der **Gang der Ereignisse** lässt sich wie folgt nachzeichnen:

Am 1. April 2024 wurde die **Konsularabteilung der iranischen Botschaft in Damaskus/Syrien** durch einen **mutmaßlich von Israel ausgeführten Raketenangriff** vollständig zerstört. Die Konsularabteilung befand sich in einem **Nebengebäude auf dem Gelände der iranischen Botschaft** in der syrischen Hauptstadt. Das **israelische Militär** hat sich zu dem Raketenbeschuss **bis heute nicht offiziell bekannt**.¹ Der israelische Armeesprecher *Hagari* erklärte gegenüber dem Nachrichtensender CNN, bei dem angegriffenen Gebäude in Damaskus habe es sich nach israelischen Geheimdienstinformationen „nicht um ein Konsulat und nicht um eine Botschaft“ gehandelt, sondern um ein „als ziviles Gebäude in Damaskus getarntes militärisches Gebäude der al-Quds-Brigaden“. Zur Frage, ob Israel an dem Angriff beteiligt gewesen sei, erklärte *Hagari*: „Ich werde diesen Angriff nicht kommentieren, aber was ich Ihnen sagen will, ist, dass es der Iran ist, der die regionale Lage in den vergangenen sechs Monaten eskaliert hat.“²

Nach Angaben iranischer Staatsmedien sei der Angriff von F-35-Kampffjets ausgeführt worden, wobei das Gebäude von sechs Raketen getroffen worden sei.³ Zur Zahl der Toten gibt es unterschiedliche Angaben: Die iranischen Revolutionsgarden bestätigten den Tod von sieben ihrer Mitglieder, darunter Brigadegeneral *Mohammed Reza Zahedi* und sein Stellvertreter.⁴ Beide gehörten den sog. *Quds*-Brigaden an – einer im Ausland tätigen Eliteeinheit der iranischen Revolutionsgarden. General *Zahedi* war offenbar zuständig für die Palästinensergebiete, Syrien und den Libanon. Der *New York Times* zufolge soll sich der Raketenangriff gegen ein Geheimgespräch iranischer Geheimdienstmitarbeiter mit Vertretern palästinensischer Terrororganisationen gerichtet haben.⁵ Bei dem Raketenbeschuss des Gebäudes starben nach Angaben syrischer Staatsmedien

-
- 1 Der römisch-rechtliche Grundsatz *cui bono* („wem nützt es“) legt eine Urheberschaft Israels für den Beschuss des Konsulatsgebäudes nahe; als Beweis reicht dies allerdings nicht. Die USA, die seit der Geisellaffaire in der US-Botschaft in Teheran von 1979-1981 mit der Islamischen Republik Iran verfeindet sind, haben eine Beteiligung an dem Raketenangriff vom 1. April 2024 kategorisch ausgeschlossen.
 - 2 CNN, 1. April 2024, „Iran accuses Israel of killing Iranian military commanders and others in airstrike on consulate in Syria“, <https://edition.cnn.com/2024/04/01/middleeast/iran-syrian-consulate-attack-intl/index.html>
Vgl. auch ZEIT online, 6. April 2024, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2024-04/syrien-iran-israel-konsulat-revolutionsgarden-getoetet-wichtigste-fragen-antworten#was-sagt-israel-zu-den-vorwurfen>.
 - 3 ZEIT online, 1. April 2024, „Iran wirft Israel Tötung zweier Generäle in Syrien vor“, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2024-04/damaskus-explosion-iran-al-kuds-brigaden-general>.
 - 4 ZEIT online, 6. April 2024, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2024-04/syrien-iran-israel-konsulat-revolutionsgarden-getoetet-wichtigste-fragen-antworten>. Tagesschau, 1. April 2024, <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/damaskus-explosion-iran-botschaft-100.html>.
 - 5 NYT, 14. April 2024, „What We Know About Iran’s Attack on Israel and What Happens Next“, <https://www.nytimes.com/2024/04/14/world/middleeast/iran-israel-drones-attack.html>.

auch sechs Syrer. Ob es sich dabei um iranische Unterstützungskräfte (sog. „Proxys“), um syrische Armeeangehörige oder um syrische Ortskräfte (Wachpersonal, Pförtner etc.) gehandelt hat, lässt sich nicht zweifelsfrei klären. Der iranische Botschafter in Syrien, *Hossein Akbari* und seine Familie blieben unversehrt.⁶ Die syrische Luftverteidigung habe auf den Angriff reagiert, offenbar aber ohne Erfolg.

Der **Iran**, der Israel mit „Vergeltung“ gedroht hatte,⁷ antwortete in der Nacht zum 14. April 2024 mit einem massiven und erstmals unmittelbar zwischen den beiden Staaten erfolgenden **Militärschlag**.⁸ Nach Angaben der israelischen Armee feuerte der Iran mehr als 300 Drohnen, Marschflugkörper und ballistische Raketen ab.⁹ An verschiedenen Orten in Israel wurde Luftalarm ausgelöst. Medienberichten zufolge wurden mehrere Menschen verletzt, darunter ein siebenjähriges Mädchen schwer. Israels Militär konnte nach eigenen Angaben „99 Prozent“ der Geschosse aus dem Iran abfangen; nur wenige seien bis auf israelisches Territorium vorgedrungen. Bei der Luftabwehr wurde Israel u.a. durch amerikanische, britische und französische Kampffjets sowie durch die jordanische Luftverteidigung unterstützt. Zeitgleich wurde Israel auch von iranischen „Proxys“ aus dem Libanon, aus dem Irak und von der Huthi-Miliz im Jemen attackiert. Die von dort aus abgefeuerten Raketen hätten Israel jedoch nicht erreicht.

Medienberichten zufolge reagierte **Israel** am 19. April 2024 mit einem (begrenzten) **Gegenschlag gegen den Iran**, bei dem offenbar eine Luftwaffenbasis in der Provinz Isfahan unweit iranischer Atomanlagen von einer Rakete getroffen wurde. Einzelheiten des Militärschlags sind nicht öffentlich bekannt geworden. Laut Aussagen der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) seien keine iranischen Atomanlagen beschädigt worden. Das iranische Staatsfernsehen berichtete, dass Drohnen über Isfahan gesichtet worden seien; die Luftabwehr sei aktiviert worden und habe die Drohnen zerstört.¹⁰ Es habe sich aber insgesamt um keine breit angelegte Attacke gehandelt. In den Medien wurde die Hoffnung geäußert, dass angesichts der zurückhaltenden Reaktion Israels, das womöglich keinen „Zwei-Fronten-Krieg“ riskieren, sondern sich auf den Kampf gegen die Hamas in Gaza konzentrieren wollte, die Eskalationsspirale zwischen dem Iran und Israel vorerst zu einem Ende gekommen ist.¹¹

6 Tagesschau, 2. April 2014, „Angriff auf Botschaft – was bislang bekannt ist“, <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/angriff-botschaft-iran-israel-100.html>.

7 Tagesschau, 2. April 2024, <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/iran-vergeltung-100.html>.

8 Tagesschau, 14. April 2014, „Beispielloser Großangriff des Iran auf Israel“, <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/iran-drohnen-israel-raketen-100.html>.

9 DW, 15. April 2024, „Iran greift Israel an – die Hintergründe“, <https://www.deutschlandfunk.de/israel-iran-angriff-naher-osten-krieg-100.html#schaeden>.

10 Tagesschau, 19. April 2024, <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/iran-explosionen-was-bekannt-ist-100.html>.

11 Näher DW, 19. April 2024, „Nahost: Erzfeinde und die Hoffnung auf Deeskalation“, <https://www.deutschlandfunk.de/iran-israel-aktuell-konflikt-hintergrund-100.html>.

2. Rechtliche Vorbemerkungen zum Gegenstand der Untersuchung

Die militärischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und dem Iran im April 2024 waren nicht nur Gegenstand einer lebhaften Debatte in der völkerrechtswissenschaftlichen *community*, sondern wurden u.a. auch von deutschen Politikerinnen rechtlich kommentiert. So ist etwa Außenministerin *Annalena Baerbock* mit ihrer an die Adresse Israels gerichteten Feststellung, dass Vergeltung „keine Kategorie des Völkerrechts“ sei, ins Kreuzfeuer von Wissenschaft und Medien geraten.¹² Bundestagsvizepräsidentin *Aydan Özoğuz* ist wegen eines Tweets, in welchem sie Israel vorwarf, den Angriff durch den Iran „provokiert“ zu haben, stark kritisiert worden.¹³

In der Tat werfen die drei Militäroperationen in Syrien, in Israel und im Iran – ungeachtet der bis heute nicht vollständig aufgeklärten Fakten – eine Reihe von völkerrechtlichen Fragen auf. Sie betreffen im Kern die **völkerrechtliche Konzeption von Angriff** („*armed attack*“) und **Verteidigung** („*self-defense*“) i.S.v. Art. 51 VN-Charta. Die Militäroperationen sind dabei **nicht isoliert zu betrachten**, sondern in ihrer zeitlichen Sequenz und nach der Intention der israelischen bzw. iranischen Regierung jeweils als Reaktion auf die vorangegangene Militäraction des Konfliktgegners zu begreifen. Die **Narrative von „Angriff“ und „Verteidigung“** greifen damit gewissermaßen ineinander und erfordern damit eine juristische Zuordnung, welcher Staat „Angreifer“ und wer „Verteidiger“ ist. Zu klären ist auch, inwieweit es sich bei den Militäractionen vom 13./14. und 19. April 2024 jeweils um völkerrechtlich zulässige „Verteidigung“ oder (bloß) um „Vergeltung“ bzw. „Bestrafung“ gehandelt hat. Dahinter steht nicht zuletzt die konzeptionelle, aber in der Praxis oft schwer zu beantwortende Frage, **wann ein „bewaffneter Angriff“ zeitlich abgeschlossen** ist, mit der Folge, dass eine militärische Reaktion darauf nicht (mehr) als „Verteidigung“, sondern als erneuter Angriff zu werten ist. Auch stellt nicht jede Anwendung von Waffengewalt einen „*armed attack*“ i.S.v. Art. 51 VN-Charta dar, der zur Selbstverteidigung berechtigt. In diesem Zusammenhang könnte sich auch die Frage nach einer – eher im (Völker-)Strafrecht als im völkerrechtlichen Friedenssicherungsrecht verankerten – „Notwehrprovokation“ (§ 32 StGB) stellen.

Schließlich ist zu überlegen, ob die drei Militäroperationen im April 2024 rechtlich in einem noch weiter zurückreichenden zeitlichen Zusammenhang (Stichwort: „*ongoing conflict*“) betrachtet und kontextualisiert werden müssen.

12 News.de, 18. April 2024, „Annalena Baerbock: Völkerrechts-Experten weisen Außenministerin zurecht“, <https://www.news.de/politik/857712516/annalena-baerbock-wird-kritisiert-von-voelkerrechtsexperten-aussenministerin-gegen-vergeltung-von-israel-an-iran-nach-angriff/1/>.

13 FOKUS online, 14. April 2024, https://www.focus.de/politik/deutschland/aydan-oezoguz-bundestagsvize-praesidentin-gibt-israel-mitschuld-an-iran-attacke-und-reagiert-beleidigt-auf-kritik_id_259852949.html. WELT online vom 16. April 2024, <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article251026862/SPD-Politikerin-Oezoguz-Wenn-eine-Bundestagsvizepraesidentin-Irans-Propaganda-weiterspinnt.html>.

Der seit vielen Jahren andauernde „**Schattenkrieg**“¹⁴ zwischen Israel und den sog. iranischen „Proxys“ – also den vom Iran unterstützten und ausgerüsteten nicht-staatlichen Gewaltakteuren oder Terrororganisationen wie die palästinensische Hamas, die libanesische Hisbollah, die jemenitischen Houthi-Rebellen u.a.m.¹⁵ – könnte insoweit eine **kriegsrechtliche (humanitär-völkerrechtliche) Betrachtung** der bilateralen Auseinandersetzungen im April 2024 erforderlich machen. Dadurch würde sich der zentrale *ius ad bellum*-Aspekt dieses Sachstandes (dabei geht es um Fragen hinsichtlich der Zulässigkeit von Angriff und Verteidigung) um eine *ius in bello*-Perspektive (welches Recht gilt in einem bewaffneten Konflikt) erweitern.

Die folgenden rechtlichen Überlegungen knüpfen an den **Meinungsstand der völkerrechtlichen Diskussion** an, können diesen aber (aus Zeitgründen) nur teilweise widerspiegeln und bewerten. Abgesehen von einigen rechtlich weitgehend gesicherten Feststellungen bleiben andere Aspekte der Analyse **Teil einer fortlaufenden rechtlichen Debatte**. Bedauerlicherweise hält das Völkerrecht nicht für alle Rechtsfragen abschließende Antworten parat. Viele Probleme bewegen sich innerhalb von „**Grauzonen**“, die rechtlich weder abschließend geklärt noch durch entsprechende Gerichtsentscheidungen abgestützt sind. Insbesondere das völkerrechtliche Friedenssicherungsrecht wird in hohem Maße von der **Staatenpraxis und den entsprechenden Rechtsauffassungen** der Staaten flankiert und geprägt. Die von Politikern und Politikerinnen in diesem Zusammenhang geäußerten völkerrechtlichen Kommentare und Statements – etwa zu der Frage, ob ein „bewaffneter Angriff“ vorliegt – haben neben den Argumenten der Wissenschaft (sog. *doctrine*¹⁶) eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für die Klärung von Rechtsfragen. Der vorliegende Sachstand wird an entsprechenden Stellen versuchen, auch die (praktischen) **Konsequenzen** einer bestimmten rechtlichen Einordnung aufzuzeigen, denen sich eine verantwortungsvolle rechtliche Debatte stets bewusst sein muss.

3. Beschuss des iranischen Konsulatsgebäudes in Damaskus (1. April 2024)

Von den drei o.g. Militäroperationen erscheint der Raketenbeschuss des iranischen Konsulatsgebäudes in Damaskus völkerrechtlich am komplexesten – nicht zuletzt, weil es sich um eine **trianguläre Konstellation** (Iran, Syrien und mutmaßlich Israel) handelt, wobei der Urheber des Angriffs sowie der rechtliche Status der getöteten Syrer (Kombattant, Zivilist oder Terrorist) einschließlich des zerstörten Gebäudes in Damaskus nicht zweifelsfrei feststehen.

14 Dazu DW, 10. April 2024, „Iran und Israel: Eskalation eines Schattenkrieges“, <https://www.dw.com/de/iran-und-israel-eskalation-eines-schattenkrieges/a-68773913>.

15 Eine Auflistung der mit Iran verbündeten Akteure findet sich in dem Beitrag des *Woodrow Wilson International Center for Scholars* (ein unabhängiges Forschungszentrum in Washington D.C.), „Iran’s Islamist Proxies in the Middle East“, 12. September 2023, <https://www.wilsoncenter.org/article/irans-islamist-proxies>.

16 Diese ist nach Art. 38 Abs. 1 lit. d) IGH-Statut eine „Hilfsquelle des Völkerrechts“.

Das Tableau an rechtlichen Problemen, die an dieser Stelle aufgezeigt und untersucht werden sollen, reicht vom Diplomatenrecht über Fragen des *ius ad bellum* und des *ius in bello* bis hin zu menschenrechtlichen Aspekten.

Da sich der Raketenbeschuss am 1. April 2024 gegen eine iranische Auslandsvertretung in der syrischen Hauptstadt gerichtet hat, kommt sowohl ein **bewaffneter Angriff gegen Syrien als auch gegen den Iran** in Betracht. Darüber hinaus wirft die Militäroperation Fragen hinsichtlich des **diplomatischen Schutzes von Auslandsvertretungen** auf. In den Blick gerät neben den **Wiener Übereinkommen über diplomatische bzw. konsularische Beziehungen** (von 1961/1963) auch die sog. **Diplomatenschutzkonvention** (von 1973). Die Tötung von Mitgliedern der iranischen Revolutionsgarden wirft neben den **menschenrechtlichen Implikationen** des sog. „*targeted killing*“ auch die Frage nach der Existenz **eines bewaffneten Konflikts** auf.

Zur Rechtfertigung des Angriffs auf Israel am 13./14. April (dazu 4.) berief sich der Iran auf sein Recht auf Selbstverteidigung (Art. 51 VN-Charta) gegen den Raketenangriff auf das iranische Konsulatsgebäude in Damaskus vom 1. April 2024. Zu klären ist mithin die Frage, ob es sich bei diesem Militärschlag um einen **rechtswidrigen „bewaffneten Angriff“ gegen den Iran** (i.S.v. Art. 51 VN-Charta) gehandelt hat, der Israel zugeschrieben werden kann und das Selbstverteidigungsrecht auslöst.

3.1. Verstoß gegen die Wiener Übereinkommen über diplomatische und konsularische Beziehungen

Entgegen einem in der öffentlichen Debatte weitverbreiteten „Mythos“ sind **Auslandsvertretungen** (Botschaften, Konsulate) – ungeachtet ihrer diplomatischen Immunität – **kein „extraterritoriales Gebiet“ des Entsendestaates** (hier: Iran), sondern gehören zum **Territorium des Aufnahmesstaates** (hier: Syrien).¹⁷ Dies ergibt sich für Konsulatsgebäude explizit aus Art. 4 Abs. 1 des **Wiener Übereinkommens vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen** (WÜK),¹⁸ wonach „eine konsularische Vertretung **im Hoheitsgebiet des Empfangsstaats** nur mit dessen Zustimmung errichtet werden [kann].“ Für Botschaftsgebäude findet sich z.B. eine Regelung in Art. 21 Abs. 1 des **Wiener Übereinkommens vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen** (WÜD),¹⁹ welcher lautet: „Der Empfangsstaat erleichtert [...] dem Entsendestaat den Erwerb **der für dessen Mission in seinem Hoheitsgebiet benötigten Räumlichkeiten.**“

17 Vgl. für viele *Arnould*, Völkerrecht, Heidelberg, 5. Aufl. 2023, Rn. 572. Tatsächlich finden sich Anklänge einer Extraterritorialitätslehre bei *Hugo Grotius* und der älteren Völkerrechtslehre (näher *Denza*, Diplomatic Law, Oxford Univ. Press 2016, Art. 22, S. 110 f.).

18 BGBl. 1969 Teil II Nr. 59, Seite 1587 ff., Konventionstext abrufbar unter: https://www.justiz.nrw.de/Bibliothek/ir_online_db/ir_hfm/frame_wuek_24-04-1963.htm.

19 BGBl. 1964 II, Nr. 38, Seite 959 ff., Konventionstext abrufbar unter: https://www.justiz.nrw.de/Bibliothek/ir_online_db/ir_hfm/frame_wued_18-04-1961.htm.

Botschafts- und Konsulatsgebäude stehen seit alters her unter einem **besonderen Schutz**: Akkreditierte Diplomaten genießen die in der WÜD niedergelegten diplomatischen Vorrechte und Privilegien; die Räumlichkeiten einer Auslandsvertretung sind „**unverletzlich**“ (Art. 22 Abs. 1 WÜD, Art. 31 Abs. 1 WÜK).²⁰

Die Rechte und Pflichten aus den o.g. Wiener Übereinkommen (sog. „Diplomatenrecht“) betreffen jedoch traditionell **nur das bilaterale Verhältnis zwischen Empfangs- und Entsendestaat** (also zwischen Iran und Syrien). So ist der Empfangsstaat (Syrien) verpflichtet, die Integrität einer Auslandsvertretung auf seinem Hoheitsgebiet nicht nur selbst zu respektieren, sondern diese auch gegen **Übergriffe von (privaten) Dritten** – dies war die Konstellation im „Teheraner Geiselfall“ von 1979, als iranische Studenten die Botschaft besetzten – bzw. aus dem Ausland zu **schützen** (Art. 22 Abs. 2 WÜD).²¹ Die **völkerrechtliche Schutzpflicht** erlischt selbst dann nicht, wenn der Entsendestaat die Botschaftsräume zu „subversiven“ oder militärischen Zwecken aufgabenfremd nutzt.²² Der Raketenbeschuss des iranischen Konsulatsgebäudes in Damaskus, den Syrien trotz Einsatzes seiner Luftverteidigungskräfte nicht verhindern konnte, wirft daher zunächst die Frage nach einer **Verletzung der Wiener Diplomatenrechtskonvention im Verhältnis zwischen Syrien und dem Iran** auf. Angesichts der engen Verbindungen zwischen beiden Staaten (sog. „Achse des Widerstandes“) erscheint dieser Aspekt jedoch weitgehend „akademisch“.

Ob der in Art. 22 WÜD kodifizierte Status der „Unverletzlichkeit“ einer diplomatischen Mission neben dem Empfangsstaat **auch Drittstaaten** – also im vorliegenden Fall neben Syrien auch Israel – **verpflichtet**, wird in der Völkerrechtslehre unter Hinweis auf den **bilateralen Charakter des Diplomatenrechts** wohl mehrheitlich abgelehnt.²³ Für eine „**universelle**“ (d.h. nicht nur im bilateralen Verhältnis zwischen Empfangs- und Entsendestaat) bestehende **Schutzpflicht** ließe sich der gewohnheitsrechtliche Charakter²⁴ des diplomatischen Schutzes anführen, der im Kern bis

20 Näher etwa *Heintze*, in: Ipsen (Hrsg.), *Völkerrecht*, München 8. Aufl. 2024, § 25 Rn. 22 ff.

21 Vgl. *Arnauld*, *Völkerrecht*, Heidelberg, 5. Aufl. 2023, Rn. 590; *Wagner/Raasch/Pröbstl*, *Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen. Kommentar für die Praxis*, Berlin 2018, Art. 22, Nr. 3 (S. 154 f.). Art. 22 Abs. 2 WÜD lautet: „Der Empfangsstaat hat die besondere Pflicht, alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, um die Räumlichkeiten der Mission vor jedem Eindringen und jeder Beschädigung zu schützen und um zu verhindern, dass der Friede der Mission gestört oder ihre Würde beeinträchtigt wird.“ Eine vergleichbare Regelung für Konsulate findet sich in Art. 59 WÜK.

22 *Heintze*, in: Ipsen (Hrsg.), *Völkerrecht*, München 8. Aufl. 2024, § 25 Rn. 36.

23 Vgl. näher *Taub*, „Israel bombed an Iranian Embassy complex. Is that allowed?“, NYT, 2. April 2024, <https://www.nytimes.com/2024/04/02/world/europe/interpreter-israel-syria-embassy.html>, unter Berufung auf *Aurel Sari* (Univ. Exeter), der eine universelle Verpflichtung von Drittstaaten aus der WÜD allerdings ablehnt. Ablehnend auch *Khan* im SPIEGEL-Interview vom 16. April 2024, <https://www.spiegel.de/panorama/iran-israel-konflikt-israel-waere-jetzt-zum-gegenschlag-berechtigt-sagt-voelkerrechtler-a-37f5880f-7988-4f55-b323-76c02a91c231>.

24 Die WÜD wurde von allen 193 Staaten der Welt ratifiziert und gilt damit universell.

ins Mittelalter zurückreicht.²⁵ In einem Beitrag von *Seymanur Yönt* vom TRT World Research Centre heißt es:

„Israel’s justification for attacking an embassy, alleging illegal activities, does not exempt it from adhering to **diplomatic inviolability**. Arguments that the Vienna Convention does not apply to third-party states like Israel miss the point that diplomatic protection **extends beyond international agreements to encompass customary international law**, recognised through consistent state practice and the belief in legal duty (*opinio juris*). Instances, like the United States compensation for the 1999 Chinese embassy bombing in Belgrade, underline this customary law.“²⁶

Diese Sichtweise wird in der **Staatenpraxis** offenbar **zunehmend geteilt**: In der Sitzung des VN-Sicherheitsrats vom 2. April 2024 betreffend den Raketenangriff auf die diplomatischen Liegenschaften des Iran in Syrien haben zahlreiche Staatenvertreter, darunter die Vertreter Russlands, Chinas, Großbritanniens, Sloweniens, Ecuadors und Sierra Leones, eine **Verletzung des Wiener Diplomatenübereinkommens** angenommen und dabei den universellen Charakter der Normen hervorgehoben. In der VN-Pressemitteilung über die Sicherheitsrats-Sitzung heißt es:

„[The representative of the Russian Federation asserted], that any attack on diplomatic and consular premises violates the 1961 and 1963 Vienna Convention. [...] Recalling that 25 years ago, China’s Embassy in the Federal Republic of Yugoslavia was bombed by a United States-led North Atlantic Treaty Organization (NATO) airstrike, resulting in personnel casualties and damage to the Embassy, the representative of China expressed sympathy and condolences to the Government of Iran and its people. In accordance with the Vienna Convention on Diplomatic Relations, and the universally recognized basic norms governing international relations, the safety and security of diplomatic missions is inviolable. [...] The representative of the United Kingdom underlined the importance of respect for the inviolability of diplomatic premises and protection of diplomatic and consular staff for the proper conduct of diplomatic relations. [The representative of the United States said that] Washington D.C. does not have confirmation of the status of the building that was struck in Damascus, adding that any confirmed attack on a diplomatic facility would be of concern to the United States.“²⁷

25 Belegt sind Rechtssätze, die bereits im 12. Jhd., als es noch keine „Staaten“ im modernen Sinne gab, die Sicherheit der Gesandten generell gegen Übergriffe auf ihre körperliche Unversehrtheit und ihr Eigentum gewährleisten sollten (vgl. *Kleinschmidt*, Geschichte des Völkerrechts, Tübingen 2013, S. 29, 105; *Ziegler*, Völkerrechtsgeschichte, München, 2. Aufl. 2007, S. 16).

26 *Yönt*, „Israel strike on Iranian Embassy: A grave threat to global diplomatic laws“, Middle East Monitor, 17. April 2024, <https://www.middleeastmonitor.com/20240409-israel-strike-on-iranian-embassy-a-grave-threat-to-global-diplomatic-laws/>.

27 SC/15650, 2. April 2024, 9593RD Meeting, „Briefing Security Council on Reported Israeli Attacks against Iran’s Diplomatic Premises in Syria“, <https://press.un.org/en/2024/sc15650.doc.htm>.

3.2. Rechtspflichten aus der Diplomatschutzkonvention

Die 1973 im Rahmen der VN verabschiedete Diplomatschutzkonvention²⁸ verpflichtet die Vertragsstaaten, **bestimmte, gegen die Unversehrtheit von Diplomaten, Staatsoberhäuptern oder Ministern gerichtete Handlungen** – wie etwa der **gewaltsame Angriff auf die Diensträume eines Diplomaten** (vgl. Art. 2 Abs. 1 lit. b der Konvention) sowie Tötungen, Entführungen usw. – **unter Strafe zu stellen** und entsprechen zu verfolgen (Pönalisierungspflicht, vgl. Art. 3 der Konvention).

Ungeachtet des nicht zweifelsfrei zu klärenden diplomatenrechtlichen Status des zerstörten Gebäudes auf dem Gelände der iranischen Botschaft in Damaskus fällt die gesamte Militäroperation vom 1. April 2024 zunächst einmal unter die **Jurisdiktion Syriens**: Zum einen ist Syrien Vertragspartei der Diplomatschutzkonvention;²⁹ zum anderen erfolgte die Tat in dessen Hoheitsgebiet (vgl. Art. 3 Abs. 1 lit. a der Konvention). Syrien hat damit die Zuständigkeit und die **Pflicht zur Aufklärung der Tat und ggf. zur Strafverfolgung**. Abgesehen von der nur schwer nachzuweisenden Beteiligung Israels an dem Raketenangriff vom 1. April könnten sich aber auch für **Deutschland**, das ebenfalls Vertragspartei der Diplomatschutzkonvention ist, völkerrechtliche **Pflichten zur Strafverfolgung und/oder zur Auslieferung** mutmaßlicher israelischer Straftäter ergeben, falls sich diese auf deutschem Hoheitsgebiet aufhalten (vgl. Art. 7 f. der Konvention).

Die Diplomatschutzkonvention will von ihrem Grundgedanken her sicherstellen, dass **Terroristen, die Straftaten gegen die internationale Diplomatie begehen, möglichst international verfolgt und bestraft werden**. Bei 180 Vertragsstaaten kann die Konvention dabei auf eine nahezu globale Unterstützung in der Staatenwelt zählen. Den Fall, dass ein Vertragsstaat die inkriminierten Taten *selbst* zu verantworten hat (Stichwort: „Staatsterrorismus“),³⁰ sieht die Diplomatschutzkonvention im Grunde nicht vor. Schweigt sich ein Vertragsstaat über den Verdacht einer Beteiligung an einer gegen Auslandsvertretungen anderer Staaten gerichteten Straftat aus, so verstößt er jedenfalls gegen die Kooperationspflichten aus Art. 4 der Konvention.

28 *Convention on the Prevention and Punishment of Crimes against Internationally Protected Persons, including Diplomatic Agents* v. 14. Dezember 1973, https://legal.un.org/ilc/texts/instruments/english/conventions/9_4_1973.pdf, deutsche Übersetzung: BGBl. 1976 Teil II, S. 1745 ff., <https://www.un.org/depts/german/uebereinkommen/ar3166-dbgbl.pdf>.

29 Ratifikationsstand abrufbar unter: https://treaties.un.org/pages/ViewDetails.aspx?src=TREATY&mtdsg_no=XVIII-7&chapter=18&clang=en.

30 Begriff „Staatsterrorismus“ ist primär politischer Natur; er bezeichnet die durch einen Staat im Ausland selbst verübten, gesteuerten bzw. ihm zurechenbaren Gewaltakte (Straftaten).

3.3. Angriff gegen Syrien

Die bewusste Zerstörung des Konsulatsgebäudes in Damaskus am 1. April 2024 verletzt die **territoriale Integrität Syriens** und stellt einen **Verstoß gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot** i.S.v. Art. 2 Ziff. 4 VN-Charta³¹ dar. Ob der Beschuss des Konsulatsgebäudes darüber hinaus auch einen „**bewaffneten Angriff gegen Syrien**“ i.S.v. Art. 51 VN-Charta begründet, der das Selbstverteidigungsrecht Syriens auslöst, bedarf dagegen einer gesonderten Prüfung. Nicht jede Form der Gewaltanwendung i.S.v. Art. 2 Ziff. 4 VN-Charta stellt zugleich einen „bewaffneten Angriff“ („*armed attack*“) bzw. eine „Angriffshandlung“ („*aggression armée*“) i.S.v. Art. 51 VN-Charta dar.³² Das Gewaltverbot, das auch indirekte Formen der Gewaltanwendung umfasst, ist deutlich weiter gefasst ist als der (enge) Begriff des „bewaffneten Angriffs“ in Art. 51 VN-Charta.

Die **Aggressionsdefinition der VN-Generalversammlung** vom 14. Dezember 1974,³³ die zur **Auslegung des Art. 51 VN-Charta** herangezogen werden kann,³⁴ definiert in Art. 3 lit. b) eine Angriffshandlung als die „Beschießung oder Bombardierung des Hoheitsgebietes eines Staates durch die Streitkräfte eines anderen Staates oder die Anwendung von Waffen jeder Art durch einen Staat gegen das Hoheitsgebiet eines anderen Staates.“ Der **Raketenbeschuss** vom 1. April 2024 richtete sich allerdings nicht in erster Linie gegen syrisches Territorium, sondern gegen Mitglieder der iranischen Quds-Brigaden, die sich (vorübergehend) im iranischen Konsulatsgebäude in Damaskus aufgehalten haben sollen.³⁵

31 So auch *Taub*, „Israel bombed an Iranian Embassy complex. Is that allowed?“, NYT, 2. April 2024, <https://www.nytimes.com/2024/04/02/world/europe/interpreter-israel-syria-embassy.html>. Art. 2 (4) VN-Charta lautet: „Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit [...] gerichtete [...] Anwendung von Gewalt.“

32 *Heinschel v. Heinegg*, in: Ipsen (Hrsg.), *Völkerrecht*, München, 8. Aufl. 2024, § 55 Rn. 20 und § 56 Rn. 7. Umgekehrt stellt aber jeder „bewaffnete“ Angriff stets eine Gewaltanwendung i.S.v. Art. 2 Ziff. 4 VN-Charta dar. Der Begriff des „bewaffneten Angriffs“ bezieht sich also nur auf „*the most grave forms of the use of force*“ und knüpft dabei an Intensität und Wirkung der Gewaltanwendung (*scale and effects*) an (so die IGH-Entscheidung von 1986 im Fall *Military and Paramilitary Activities in and against Nicaragua*).

33 Resolution der UN-Generalversammlung Nr. 3314 (XXIX) vom 14. Dezember 1974, <https://www.un.org/depts/german/uebereinkommen/ar3314.pdf>. Die Resolution ist seit langem Teil des Völkerrechts und damit völkerrechtlich bindend.

34 So *Arnauld*, *Völkerrecht*, Heidelberg, 5. Aufl. 2023, Rn. 1092.

35 In der Presse ist immer wieder die Vermutung geäußert worden, dass der Iran wichtige Auslandsvertretungen in verbündeten Staaten mit Angehörigen der Revolutionsgarden besetzt und Räumlichkeiten zu militärischen oder nachrichtendienstlichen Zwecken nutzt. So schreibt *Taub* in einem Beitrag in der New York Times („Israel bombed an Iranian Embassy complex. Is that allowed?“) vom 2. April 2024: „Iran has long blurred the lines between its diplomatic missions and its military operations in the Middle East. It selects its ambassadors to Iraq, Syria, Lebanon and Yemen from commanders of the Quds Forces (...), rather than its career diplomats.“, <https://www.nytimes.com/2024/04/02/world/europe/interpreter-israel-syria-embassy.html>. Vgl. auch hib 122/2023, „Aktivitäten der iranischen Revolutionsgarden in Deutschland“, <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-934972>.

Seit langem wird kontrovers darüber diskutiert, ob der Begriff des „Angriffs“ i.S.v. Art. 51 VN-Charta eine **finale, gegen den angegriffenen Staat gerichtete Schädigungsabsicht** (*hostile intent, dolus directus*) **des Angreifers** voraussetzt.³⁶ Dagegen spricht, dass Art. 51 VN-Charta – anders als das Völkerstrafrecht in Art. 30 des Römischen Statuts – gerade **kein subjektives Tatbestandsmerkmal** (*mens rea*, voluntatives Element) enthält. Um die Mitglieder der iranischen Quds-Brigaden im Konsulatsgebäude in Damaskus zu eliminieren, war der Beschuss von syrischem Hoheitsgebiet jedenfalls notwendig (und damit vorsätzlich).

Im Vorfeld zu der Militäroperation vom 1. April 2024 lagen – soweit ersichtlich – **keine Anzeichen** für eine **unmittelbar bevorstehende Bedrohung Israels durch Syrien** vor, was einen Angriff auf das Konsulatsgebäude im Zeichen „**präemptiver Selbstverteidigung**“ (*anticipatory/pre-emptive self-defense*)³⁷ hätte rechtfertigen können.³⁸ Da Israel zu dem Raketenangriff vom 1. April 2024 nicht offiziell Stellung bezogen hat, liegt auch kein Schreiben an den VN-Sicherheitsrat vor, in dem die Voraussetzungen für **präventive Selbstverteidigungshandlungen** gegen eine potentielle unmittelbare Bedrohung Israels durch Syrien substantiiert dargelegt worden wären. Der mutmaßlich israelische Raketenangriff vom 1. April stellt folglich einen „bewaffneten Angriff“ gegen Syrien dar und **verletzt damit das Völkerrecht**.

36 So etwa *Yoram Dinstein*, *War, Aggression and Self-Defence*, Cambridge Univ. Press, 5. Aufl. 2011, S. 231 f. Differenzierend *James A. Green*, „Self-defence: A State of Mind for States?“, in: *Netherlands International Law Review (NILR)* 2008, S. 181-206 (201), <https://www.cambridge.org/core/services/aop-cambridge-core/content/view/C9A4BB7C5A5DB98342DA20DDDB7A2F03/S0165070X08001812a.pdf/self-defence-a-state-of-mind-for-states.pdf> sowie *Christian Henderson*, *The Use of Force and International Law*, Cambridge Univ. Press, 3. Aufl. 2020, S. 215.

37 Der Wortlaut von Art. 51 VN-Charta scheint präemptive Selbstverteidigung auszuschließen („*if an armed attack occurs*“). Doch sehen es Völkerrechtslehre und Staatenpraxis als unzumutbar an, wenn ein Staat einen Angriff erst abwarten müsste, ehe er sich verteidigen darf (näher dazu *Arnauld*, *Völkerrecht*, Heidelberg, 5. Aufl. 2023 Rn. 1100). Rekuriert wird dabei auf die sog. „Caroline“-Kriterien, die im Jahre 1842 – im Nachgang zum sog. „Caroline“-Fall von 1837 – in einem diplomatischen Notenwechsel zwischen den USA und Großbritannien fixiert wurden. Danach muss ein Staat, der sich auf Selbstverteidigung beruft, nachweisen, dass der Angriff „unmittelbar bevorstand, überwältigend war und keine Wahl der Mittel und keine Zeit für weitere Beratungen ließ“ (*a necessity of self-defence, instant, overwhelming, leaving no choice of means, and no moment for deliberation*). Näher *Wood*, „The Caroline Incident-1837“, <https://opil.ouplaw.com/view/10.1093/law/9780198784357.001.0001/law-9780198784357-chapter-2>

38 Ebenso *Yönt*, „Israel strike on Iranian Embassy: A grave threat to global diplomatic laws“, *Middle East Monitor*, 17. April 2024, <https://www.middleeastmonitor.com/20240409-israel-strike-on-iranian-embassy-a-grave-threat-to-global-diplomatic-laws/> sowie der Bericht eines VN-Expertengremiums, VN-Pressemitteilung vom 16. April 2024, „Israel and Iran must de-escalate conflict to protect human rights, warn UN experts“, <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2024/04/israel-and-iran-must-de-escalate-conflict-protect-human-rights-warn-un>:
„[...] Israel does not appear to have been exercising self-defence on 1 April because it presented no evidence that Iran was directly committing an “armed attack” on Israel or sending non-state armed groups to attack it. The experts noted that Israel has not provided any legal justification for the strike or reported it to the Security Council, as required by Article 51 of the United Nations Charter.“

3.4. Angriff gegen den Iran

Ob der Raketenbeschuss der iranischen Konsularabteilung in Damaskus gleichzeitig auch einen **bewaffneten Angriff gegen den Iran** darstellt, lässt sich weniger eindeutig konstatieren. Art. 3 lit. d) der sog. **Aggressionsdefinition** der VN-Generalversammlung³⁹ definiert als Angriffshandlung den Angriff „auf die [im Ausland stationierten] Land-, See- oder Luftstreitkräfte oder auf die See- und Luftflotte eines anderen Staates.“ Art. 3 lit. d) der Aggressionsdefinition legt fest, dass bestimmte „**Außenpositionen**“ der Staaten einen dem Territorium vergleichbaren Schutz genießen, weil sie die Verteidigung des Territoriums garantieren (sollen).⁴⁰ Der Begriff der „Streitkräfte“ in Art. 3 lit. d) bezieht sich auf **Truppenteile**, die im Ausland (z.B. auf einer Militärbasis) auf der Grundlage eines Stationierungsabkommens (*Status of Forces Agreement, SOFA*) stationiert sind oder an einer (NATO-)Übung teilnehmen und als **in sich geschlossener Truppenkörper** völkerrechtliche **Immunität** genießen.⁴¹ Nicht gemeint sind dem Wortlaut nach dagegen **einzelne Soldaten oder Offiziere**, die sich sporadisch, z.B. im Rahmen einer Dienstreise, im Ausland aufhalten, aber als Einzelperson dort keine völkerrechtliche Immunität genießen. Die Tötung von Mitgliedern der iranischen Revolutionsgarden in Damaskus ist daher kein Fall von Art. 51 VN-Charta,⁴² wirft aber **menschenrechtliche Fragen im Kontext sog. „gezielter Tötungen“** auf (s.u. 3.5.).

Die Aufzählung in Art. 3 lit. d) der Aggressionsdefinition **erwähnt keine Botschafts- und Konsulatsgebäude**, die auch **kein extraterritoriales Gebiet des Entsendestaates** darstellen (s.o. 3.1.). Da die Aggressionsdefinition jedoch **nicht abschließend**⁴³ ist, führt die **Völkerrechtslehre** seit Jahren eine kontroverse, aber bislang ohne Ergebnis gebliebene Debatte über die Frage, ob Angriffe auf Botschaften das Selbstverteidigungsrecht i.S.v. Art. 51 VN-Charta auslösen können.⁴⁴ Teile der Literatur sehen Botschaften als **Repräsentanz eines Staates im Ausland** an,⁴⁵ die ebenso wie die im Ausland stationierten Streitkräfte oder Kriegsschiffe eines Staates **völkerrechtliche Immunität**

39 Resolution der UN-Generalversammlung Nr. 3314 (XXIX) vom 14. Dezember 1974, <https://www.un.org/depts/german/uebereinkommen/ar3314.pdf>.

40 *Heinschel v. Heinegg*, in: Ipsen (Hrsg.), *Völkerrecht*, München, 8. Aufl. 2024, § 55 Rn. 30.

41 *Schweisfurth*, *Völkerrecht*, Tübingen 2006, Kap. 9 Rn. 146 m.w.N. in Anm. 200; *Desch*, „Military Forces Abroad“, *Max Planck Encyclopedias of International Law [MPIL]*, Stand: September 2015, Rn. 36 ff., <https://opil.ouplaw.com/display/10.1093/law:epil/9780199231690/law-9780199231690-e331>.

42 Eine andere Auffassung vertreten offenbar die Verfasser des Berichts des VN-Expertengremiums, Pressemitteilung vom 16. April 2024, „Israel and Iran must de-escalate conflict to protect human rights, warn UN experts“, <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2024/04/israel-and-iran-must-de-escalate-conflict-protect-human-rights-warn-un>: „Israel’s strike on 1 April may have been serious enough to qualify as an “armed attack” on Iran, since it targeted senior military commanders and diplomatic premises.“

43 Vgl. *Dinstein*, „Aggression“, *Max Planck Encyclopedias of International Law*, Stand: September 2015, Rn. 33, <https://opil.ouplaw.com/view/10.1093/law:epil/9780199231690/law-9780199231690-e236>.

44 Vgl. dazu eingehend *Kajtár/Balázs*, *Beyond Tehran and Nairobi: Can Attacks against Embassies Serve as a Basis for the Invocation of Self-defense?*, *European Journal of International Law (EJIL)* Vol. 32 (2021), S. 863-888 (867 ff.), <http://www.ejil.org/pdfs/32/3/3178.pdf>.

45 Diese Qualifizierung trifft auf Konsulate freilich nur in beschränkterem Maße zu.

genießen. Sie halten daher eine „extensive Interpretation“ der Aggressionsdefinition – also quasi eine „Analogie“ zu den dort aufgelisteten „Außenpositionen“ eines Staates – für möglich.⁴⁶ Andere Teile der Literatur sehen dagegen den (funktionalen) Unterschied zwischen „Streitkräften“ und „Botschaften“ darin, dass letztere gerade *nicht* der Verteidigung des angegriffenen Staates dienen und lehnen daher eine extensive Interpretation der Aggressionsdefinition ab.⁴⁷ Zum Teil wird als Unterscheidungskriterium auch auf die **Intensität des Angriffs** (*scale and effects*) abgestellt, wie es der IGH in seiner Nicaragua-Entscheidung von 1986⁴⁸ getan hatte; dies öffnet jedoch der Dezision Tür und Tor.

Die **Staatenpraxis** spiegelt eine deutliche **Zurückhaltung der Staatengemeinschaft** wider, Angriffe auf Botschaften als „*armed attack*“ zu bezeichnen. Die ungarischen Rechtswissenschaftler *Kajtár* und *Balázs* haben dazu über 700 Angriffe auf Botschaften seit Inkrafttreten der VN-Charta im Jahre 1945 untersucht und kommen zu folgendem Fazit:

„More than 99% of all attacks against missions occurred without reporting self-defence by the sending state. Members of the international community deem **the legal nature of such incidents not to be a self-defence action**, as suggested by the wide variety of responses triggered by such acts. [...] States have consistently and expressly regarded the overwhelming majority of such incidents as **ordinary crimes** or terrorist incidents to be **handled within the ambit of diplomatic and consular law**, as well as criminal law, and emphatically **not as armed attacks**. When self-defence was invoked, solidarity and understanding were widely expressed, yet legal qualification was scarce and very divided. [...] For all these reasons, in the view of the present authors, state practice and *opinio juris* neither establish a new customary right of self-defence in response to mission attacks, **nor support a broad reading of the existing right to self-defence** that would encompass lawful use of force to protect missions against attacks.“⁴⁹

Aufschlussreich erscheinen in diesem Zusammenhang die **rechtlichen Einlassungen von Staatenvertretern** im Rahmen der **Sicherheitsratssitzung am 2. April 2024** betreffend den Raketenbeschuss des iranischen Konsulatsgebäudes am Tag zuvor.⁵⁰ So sah Russland in dem Raketenangriff

46 Vgl. z.B. *Ruys*, „The ‘Protection of Nationals’ Doctrine Revisited“, *Journal of Conflict & Security Law (JCSL)* Vol. 13 (2008) S. 245-246; *The Chatham House Principles of International Law on the Use of Force in Self-Defence*, *International and Comparative Law Quarterly (ICLQ)* Vol. 55 (2006), S. 963-972 (965), <https://www.cambridge.org/core/services/aop-cambridge-core/content/view/83DCF94C30AB4D11DBEEB354430D98B9/S0020589300069815a.pdf/the-chatham-house-principles-of-international-law-on-the-use-of-force-in-self-defence1.pdf>.

47 Vgl. *Randelzhofer/Nolte*, in: Simma/Khan/Nolte/Paulus (Hrsg.), *The Charter of the United Nations*, Vol. II, Oxford 2012, Art. 51 Rn. 28 m.w.N. in Anm. 105.

48 *Case Concerning Military and Paramilitary Activities in and against Nicaragua*, Urteil vom 27. Juni 1986, ICJ Reports (1986) 14, para 195.

49 *Kajtár/Balázs*, *Beyond Tehran and Nairobi: Can Attacks against Embassies Serve as a Basis for the Invocation of Self-defence?*, *European Journal of International Law (EJIL)* Vol. 32 (2021), S. 863-888 (871 ff., 886), <http://www.ejil.org/pdfs/32/3/3178.pdf>.

50 SC/15650, 2. April 2024, 9593RD Meeting, „Briefing Security Council on Reported Israeli Attacks against Iran’s Diplomatic Premises in Syria“, <https://press.un.org/en/2024/sc15650.doc.htm>.

auf die diplomatischen Liegenschaften (lediglich) eine Verletzung der Wiener Übereinkommen über diplomatische und konsularische Beziehungen von 1961 und 1963, aber keinen „bewaffneten Angriff“. Der Vertreter Chinas sprach (nur) von einer „grave violation of the UN Charter and international law and a breach of the sovereignty of both Syria and Iran“. Der Vertreter Algeriens verlangte, „the Council must respond firmly and decisively to these threats to fundamental principles of State sovereignty, diplomatic sanctity and respect for territorial integrity.“ Auch andere Staatenvertreter haben auf eine **Verletzung der territorialen Integrität (Syriens)** abgestellt. Eine Qualifizierung des Raketenangriffes auf das Konsulatsgebäude als „armed attack“ gegen den Iran i.S.v. Art. 51 VN-Charta nahm keiner der anwesenden Staatenvertreter vor.

Die Zurückhaltung der Staatengemeinschaft hat **gute Gründe**. Rechtliche Argumente und Rechtfertigungsgründe können – unter Berufung auf „gleiche Maßstäbe“ – auch von der Gegenseite vorgebracht und instrumentalisiert werden.⁵¹ Eine interpretative Erweiterung des Begriffes „armed attack“ bzw. der Aggressionsdefinition in Richtung „diplomatische Liegenschaften“ birgt die **Gefahr einer Eskalationsspirale** militärischer Gewaltanwendung, da jede Qualifizierung einer Militäroperation als „bewaffneter Angriff“ ein Recht auf Selbstverteidigung der Gegenseite auslöst. Jede **interpretative Erweiterung des Selbstverteidigungsrechts** (Art. 51 VN-Charta) **beschneidet im Kern das völkerrechtliche Gewaltverbot** und schwächt damit die Fundamente der Völkerrechtsordnung.

3.5. Gezielte Tötungen

Der Raketenangriff vom 1. April 2024, bei dem die Mitglieder der iranischen Quds-Brigaden bei einem Auslandsaufenthalt durch einen Drittstaat getötet wurden, erinnert stark an den Fall des iranischen Quds-Generals **Soleimani**, der am 3. Januar 2020 auf dem Flughafen in Bagdad durch einen Drohnenangriff der USA getötet worden ist. Dieser Fall ist in der Völkerrechtslehre⁵² sowie von den Wissenschaftlichen Diensten⁵³ eingehend besprochen worden, wobei die „gezielte Tötung“ *Soleimani*s im Ergebnis nahezu einhellig als völkerrechtswidrig angesehen wurde. Im Gegensatz zum Raketenbeschuss auf das Konsulatsgebäude in Damaskus vom 1. April haben im

51 So wird die sog. „humanitäre Intervention“ der NATO im Kosovo (1999) von Russland oder von Staaten des Globalen Südens immer wieder als „Referenzfall“ bemüht, um dem Westen die Anwendung unterschiedlicher (rechtlicher und moralischer) Standards vorzuwerfen.

52 Vgl. für viele *O’Connell*, „The Killing of Soleimani and International Law“, Blog of the European Journal of International Law, 6. Januar 2020, <https://www.ejiltalk.org/the-killing-of-soleimani-and-international-law/>. *Callamard*, „The Targeted Killing of General Soleimani: Its Lawfulness and Why It Matters“, Just Security, 8. Januar 2020, <https://www.justsecurity.org/67949/the-targeted-killing-of-general-soleimani-its-lawfulness-and-why-it-matters/>. *Aust*, „Die Tötung von Qassem Soleimani. Völker- und verfassungsrechtliche Fragen“, Verfassungsblog vom 5. Januar 2020, <https://verfassungsblog.de/die-toetung-von-qassem-soleimani/>.

53 Wissenschaftliche Dienste, „Völkerrechtliche Aspekte des Konflikts zwischen Iran und den USA“, WD 2-3000- 001/20, <https://www.bundestag.de/resource/blob/677272/ba6f4e61c1f5b534f3a2ef59db1e721e/WD-2-001-20-pdf-data.pdf>.

Fall *Soleimani* die beteiligten Staaten – die USA und der Iran – ihre Sichtweise zu Fragen des *ius ad bellum* in den jeweiligen Schreiben an den VN-Sicherheitsrat eingehend dargelegt.

In beiden Fällen kommt es für eine rechtliche Bewertung **entscheidend darauf an**, ob zwischen den beteiligten Staaten ein **bewaffneter Konflikt** vorliegt (s.u. 3.6.2.). **Außerhalb von bewaffneten Konflikten** sind praktisch **kaum Fallkonstellationen denkbar**, in denen „gezielte“ Tötungen von Menschen – ob nun Militärangehörige oder Zivilisten – **völkerrechtskonform durchgeführt** werden können.⁵⁴ Gezielte Tötungen außerhalb von bewaffneten Konflikten sind nur zulässig, sofern dies zur Abwendung einer akuten Gefahr für das Leben anderer absolut notwendig ist („finaler Rettungsschuss“). Dass jemand in der Vergangenheit an Terrorangriffen oder anderen Militäroperationen gegen einen Staat beteiligt war, reicht nicht aus, um eine „gezielte Tötung“ dieser Person durch eben diesen Staat zu rechtfertigen.⁵⁵

Gezielte Tötungen eines Staates im Ausland werfen allerdings Fragen nach der **extraterritorialen**, d.h. über das Staatsgebiet des Vertragsstaats hinausreichenden **Anwendbarkeit menschenrechtlicher Normen und Verpflichtungen** auf. Einschlägig ist das **Recht auf Leben** nach Art. 6 Abs. 1 des **Paktes für Bürgerliche und Politische Rechte** (VN-Zivilpakt),⁵⁶ wonach „niemand willkürlich (*arbitrarily*) seines Lebens beraubt werden darf.“ Art. 2 des VN-Zivilpaktes verpflichtet die Vertragsstaaten zwar (nur), „*die in diesem Pakt anerkannten Rechte (...) allen in seinem Gebiet befindlichen und seiner Herrschaftsgewalt unterstehenden Personen (...) zu gewähren.*“ Gleichwohl ist die **extraterritoriale Anwendbarkeit des Zivilpakts** vom VN-Menschenrechtsausschuss **im Grundsatz akzeptiert** worden, wenn dieser ausführt: „*A State party must respect and ensure the rights laid down in the Covenant to anyone within the power or effective control of that State*

54 So die überwiegende Auffassung in der Völkerrechtslehre: vgl. *Alston*, Report of the Special Rapporteur on extrajudicial, summary or arbitrary executions, UN Doc. A/HRC/14/24/Add.6, vom 28. Mai 2010, Rdnr. 85, <http://www2.ohchr.org/english/bodies/hrcouncil/docs/14session/A.HRC.14.24.Add6.pdf>. *Kretzmer*, „Targeted killing of suspected terrorists: Extra-judicial executions or legitimate means of Defence?“, in: EJIL 2005, S. 171-212 (177 ff.), <http://ejil.org/pdfs/16/2/292.pdf>. *Höfer, Martin*, Gezielte Tötungen, Tübingen: Mohr 2013, S. 239 f.

55 *Khan* im SPIEGEL-Interview vom 16. April 2024, <https://www.spiegel.de/panorama/iran-israel-konflikt-israel-waere-jetzt-zum-gegenschlag-berechtigt-sagt-voelkerrechtler-a-37f5880f-7988-4f55-b323-76c02a91c231>: „Man darf nicht einfach Terroristen auf fremdem Staatsgebiet wegbomben“. Ebenso *Callamard*, „The Targeted Killing of General Soleimani: Its Lawfulness and Why It Matters“, Just Security, 8. Januar 2020, <https://www.justsecurity.org/67949/the-targeted-killing-of-general-soleimani-its-lawfulness-and-why-it-matters/>; *Heinz*, „Wann hat der Staat das Recht zu töten? Gezielte Tötungen und der Schutz der Menschenrechte“, Deutsches Institut für Menschenrechte (DIMR), Policy Paper Nr. 23, März 2014, S. 11, https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Policy_Paper_23_Wann_hat_der_Staat_das_Recht_zu_toeten_01.pdf; *Becker*, „Rechtsprobleme des Einsatzes von Drohnen zur Tötung von Menschen“, DÖV 2013, S. 493-502, <http://frieden-durch-recht.info/rechtsprobleme-des-einsatzes-von-drohnen-zur-toetung-von-menschen/>.

56 *International Covenant on Civil and Political Rights* (ICCPR) vom 16. Dezember 1966. Israel gehört zu den 174 Vertragsstaaten des VN-Zivilpaktes, vgl. Ratifikationsstand unter: https://treaties.un.org/pages/ViewDetails.aspx?src=TREATY&mtdsg_no=IV-4&chapter=4&clang=en.

Party, even if not situated within the territory of the State Party".⁵⁷ Der VN-Menschenrechtsausschuss vertritt überdies die Auffassung, dass es mit Sinn und Zweck des Zivilpaktes nicht zu vereinbaren sei, den Vertragsstaaten durch ein enges Verständnis der Paktbestimmungen zu ermöglichen, Verletzungen des Paktes auf fremdem Territorium zu verüben, die ihnen auf eigenem Staatsterritorium verboten wären.⁵⁸

Legt man die **Maßstäbe des internationalen Menschenrechtsregimes** der „Friedensrechtsordnung“ an, die außerhalb bewaffneter Konflikte gilt, so erscheint die gezielte Tötung von Mitgliedern der iranischen Quds-Brigaden in Damaskus am 1. April 2024 im Ergebnis als eine **Verletzung des Rechts auf Leben**.

3.6. Vorliegen eines bewaffneten Konflikts

Ob der (mutmaßlich) israelische Raketenangriff auf das iranische Konsulatsgebäude in Damaskus **eine Situation des bewaffneten Konflikts** zwischen den drei beteiligten Staaten Israel, Iran und Syrien heraufbeschworen hat,⁵⁹ ist nicht nur eine rechtlich ausgesprochen komplexe Frage, sondern hängt auch vom Vorliegen tatsächlicher Umstände ab, die aber nicht eindeutig geklärt sind. Die Frage nach der Existenz eines bewaffneten Konflikts bereits vor dem Raketenangriff am 1. April 2024 oder als dessen Folge soll daher an dieser Stelle **nicht abschließend entschieden**, wohl aber diskutiert und in ihren (rechtlichen) Konsequenzen beleuchtet werden.

3.6.1. Konflikt zwischen Israel und Syrien

Medienberichten zufolge bombardiert Israels Luftwaffe immer wieder **Ziele im benachbarten Syrien**, um damit zu verhindern, dass der Iran und mit ihm verbündete Milizen wie die Hisbollah ihren militärischen Einfluss in dem Land ausweiten. Die Angriffe hätten seit Beginn des Krieges zwischen Israel und der mit der Hisbollah verbündeten Hamas (im Oktober 2023) zugenommen.⁶⁰ In der Sicherheitsratssitzung vom 2. April 2024 erinnerte der Staatenvertreter Frankreichs

57 General Comment No. 31 (2004), CCPR/C/21/, 26. Mai 2004, Rn. 10, <https://digitallibrary.un.org/record/533996>. Die Auffassung des VN-Menschenrechtsausschusses ist streng genommen völkerrechtlich nicht bindend. *General Comments* stellen aber eine autoritative Interpretation der Pakt-Bestimmungen dar und leisten damit einen wesentlichen Beitrag zur völkerrechtlichen Auslegung von Verträgen.

58 Vgl. *López Burgos gegen Uruguay*, Communication No. 52/1979, UN Doc CCPR/C/13/D/52/1979, IHRL 2796 (UNHRC 1981), 29. Juli 1981, United Nations Human Rights Committee [UNHRC], Rdnr. 12.3.

59 Dazu *Lafazani*, „Interstate use of armed force in third states: What are the implications for conflict classification?“, Blog of the European Journal of International Law, 30. April 2024, <https://www.ejiltalk.org/interstate-use-of-armed-force-in-third-states-what-are-the-implications-for-conflict-classification/>.

60 Tagesschau, 2. April 2024, <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/angriff-botschaft-iran-israel-100.html>.

daran, dass „yesterday’s strikes in Damascus have taken place in the context of **heightened tensions in Syria and the region**.“ Der Vertreter Russlands hob hervor, „that this is not the first attack **carried out by Israel in the densely populated area of Damascus**.“⁶¹

Ob hier ein die Ereignisse der letzten Zeit „überwölbender“ **bewaffneter Konflikt zwischen Syrien und Israel** (*ongoing conflict*) vorliegt, der zeitlich und örtlich auch den Raketenangriff vom 1. April 2024 umfasst, lässt sich nicht eindeutig beantworten, da sich beispielsweise die beteiligten Staaten dazu **nicht explizit erklärt** bzw. **rechtlich eingelassen haben**. So könnte es sich bei den zuletzt offenbar gehäuft auftretenden israelischen Luftschlägen auf syrisches Territorium auch um einzeln zu betrachtende, jeweils abgeschlossene bewaffnete Angriffe handeln, die nur kurz aufflammen, aber keinen andauernden Konflikt begründen. In der Sicherheitsratssitzung vom 2. April 2024 konstatierte der Vertreter Maltas lediglich, dass „such strikes only exacerbate tensions and increase the risk of regional [armed] conflict“.⁶²

Das **Internationale Komitee vom Roten Kreuz** (IKRK), das sich in einem Positionspapier (*Opinion Paper*) von 2024 unlängst mit dem **Begriff des „bewaffneten Konflikts“**, **seinen Voraussetzungen** und dessen **zeitlichen Grenzen** befasst hat, stellt zunächst klar:

„There is **no central authority under international law** to classify a situation as an armed conflict; **parties to a conflict need to determine the legal framework** applicable to the conduct of their military operations. [...] The classification of an armed conflict also does not, in any circumstance whatsoever, legitimize, condone or legalize the resort to force by any of the parties to a conflict, nor does it necessarily reprehend or prohibit that resort to force. The legality of the resort to armed force between states is regulated by jus ad bellum.“⁶³

61 SC/15650, 2. April 2024, 9593RD Meeting, „Briefing Security Council on Reported Israeli Attacks against Iran’s Diplomatic Premises in Syria“, <https://press.un.org/en/2024/sc15650.doc.htm>.

62 Ebda.

63 ICRC Opinion Paper 2024: „How is the term ‘Armed Conflict’ defined in international law?“, S. 5 und 7, <https://www.icrc.org/en/document/icrc-opinion-paper-how-term-armed-conflict-defined-international-humanitarian-law>. Ein solches IKRK-Opinion Paper stellt zwar *per se* kein verbindliches Völkerrecht dar, spiegelt aber oftmals den Stand geltenden Völkergewohnheitsrechts wider oder vertritt zumindest eine wirkmächtige Auffassung innerhalb der Völkerrechtslehre (*doctrine*).

Das frühere **Jugoslawientribunal (ICTY)** definierte den **Beginn des bewaffneten Konflikts** „*as a resort to armed force between states*“⁶⁴ – eine Definition, die mittlerweile als Ausdruck von Völkergewohnheitsrecht gelten kann.⁶⁵ Dabei scheint es möglich, dass ein internationaler bewaffneter Konflikt bereits durch den **„ersten Schuss“** (*first strike*) ausgelöst werden kann, selbst wenn die gegnerische Seite auf den Beschuss kaum oder gar nicht reagiert. Das IKRK führt dazu aus:

„An international armed conflict can, however, be triggered on the basis of a unilateral attack, including attacks directed towards the territory, population or infrastructure of a state. Thus, the reference to ‘between’ in the *Tadic*-case is understood broadly in terms of the existence of a belligerent relationship between parties; indeed, even a unilateral use of force is between an attacker and a recipient of that force, and so ‘between’ does not only refer to reciprocal uses of force among two or more parties.“⁶⁶

In seiner Kommentierung der Genfer Konventionen stellt das IKRK überdies klar, dass „[i]t makes no difference **how long the conflict lasts**, how much slaughter takes place, or how numerous are the participating forces.“⁶⁷ Rechtlich denkbar sind also auch **kurz aufflammende „Mikro“-Konflikte**, die durch einen einzigen Angriff ausgelöst und kurz darauf wieder eingestellt werden.

In einer **triangulären Konstellation** erscheint schließlich auch der Einwand eines Angreifer-Staates (hier: Israel) unbeachtlich, dass sich die Gewalt nicht gegen den Territorialstaat (hier: Syrien), sondern gegen einen Drittstaat (hier: den Iran) gerichtet habe. Das IKRK stellt dazu klar:

„If a state directs violence within another state’s territory without the latter’s consent – even if the former [state] claims **that force is not used against the government or the territorial state’s infrastructure, but rather only against another party** it is fighting within the framework of another armed conflict – this will still constitute an unconsented-to use of force against the territorial state’s sovereignty and would **constitute an international armed conflict**.“⁶⁸

64 ICTY, Appeals Chamber, *The Prosecutor v. Dusko Tadic*, case No. IT-94-1-AR72, 2 Oct. 1995, para. 70. Ein nicht-internationaler bewaffneter Konflikt setzt dagegen einen Zustand von anhaltender bewaffneter Gewalt („*protracted armed violence*“) zwischen staatlichen Streitkräften und bewaffneten und organisierten nicht-staatlichen Gruppen und Gewaltakteuren voraus.

65 So jedenfalls das IKRK-Opinion Paper 2024: „How is the term ‘Armed Conflict’ defined in international law?“, S. 5 und 7, <https://www.icrc.org/en/document/icrc-opinion-paper-how-term-armed-conflict-defined-international-humanitarian-law>.

66 ICRC Opinion Paper 2024: „How is the term ‘Armed Conflict’ defined in international law?“, S. 9.

67 ICRC, Commentary on the First Geneva Convention, 1952, Art. 2.

68 ICRC Opinion Paper 2024: „How is the term ‘Armed Conflict’ defined in international law?“, S. 11 f., <https://www.icrc.org/en/document/icrc-opinion-paper-how-term-armed-conflict-defined-international-humanitarian-law>.

Akzeptiert man das Vorliegen eines **bewaffneten Konflikts zwischen Israel und Syrien**, das auf den Raketenangriff in Damaskus vom 1. April 2024 immerhin mit Luftverteidigung reagiert hat, stellt sich im Rahmen des *ius in bello* (Kriegsrecht) die Frage nach dem **Kombattanten- bzw. Zivilisten-Status der getöteten Syrer** sowie nach dem **Status des iranischen Konsulatsgebäudes** in Damaskus als **legitimes militärisches Ziel**.

Auslandsvertretungen sind grundsätzlich Teil der **zivilen Infrastruktur** eines Staates und genießen in bewaffneten Konflikten den **Schutz ziviler Objekte** (vgl. Art. 52 Abs. 1 des Ersten Zusatzprotokolls von 1977 zu den Genfer Konventionen (ZP I/GK)). Als **militärische Ziele** gelten dagegen nur solche Objekte, „die auf Grund ihrer [...] Zweckbestimmung oder ihrer Verwendung wirksam zu militärischen Handlungen beitragen.“ (Art. 52 Abs. 2 ZP I/GK). Israel als mutmaßlicher Urheber des Raketenangriffs vom 1. April 2024 müsste also (z.B. anhand von Geheimdienstinformationen) plausibel (d.h. mit „*reasonable certainty*“⁶⁹) darlegen können dass das iranische Konsulatsgebäude in Damaskus von den iranischen Revolutionsgarden und deren syrischen Verbündeten („Kämpfern“, „Proxys“) **zum Zeitpunkt des Angriffs** (am 1. April 2024) **konkret zur Planung von militärischen Operationen gegen Israel** (und nicht bloß zu einem „Meeting“ unter Freunden) genutzt und damit aufgabenfremd (vgl. dazu Art. 55 WÜK⁷⁰) „missbraucht“ worden ist. Gelingt diese Darlegung nicht, stünde der Vorwurf des **Kriegsverbrechens** im Raum.⁷¹ Im Zweifelsfall wird vermutet, dass es sich um ein ziviles Objekt handelt (vgl. Art. 52 Abs. 3 ZP I/GK). *Seymanur Yönt* vom TRT World Research Centre schreibt dazu:

„[...] If the embassy is considered a civilian objective, this attack is already a clear violation of international law. However, if there is a claim that the **embassy premises are used for military purposes** and are, thus, a military objective, **this claim must be beyond doubt**. Therefore, if there is any uncertainty about whether it is a civilian or military objective, the embassy building should be considered

69 Vgl. zum Beweismaß (*standard of proof*) bei militärischen Operationen *Adams/Goodman*, „Reasonable Certainty` vs `Near Certainty` in Military Targeting – What the Law Requires“, Just Security, 15. Februar 2018, <https://www.justsecurity.org/52343/reasonable-certainty-vs-near-certainty-military-targeting-what-law-requires/>: „[T]he law of armed conflict may require an attacker to obtain a high level of certainty that a target is a legitimate military object. The governing standard for all targeting decisions is one of reasonableness [...] The term “reasonable certainty,” has operated in U.S. and other foreign military practice. It is a concept that is capacious enough to require a standard of proof like clear and convincing evidence or a standard more closely approximating beyond a reasonable doubt. The standard is informed by international law, but international law fails to provide a uniform targeting standard to be applied across conflicts. [...] Israel undertook to attack objects only when there was reasonable certainty – based on reliable intelligence – that they constituted military objectives in accordance with the Law of Armed Conflict.“

70 Jede aufgabenfremde Nutzung von diplomatischen Liegenschaften stellt eine Verletzung der Wiener Übereinkommen im Verhältnis zwischen Entsende- und Empfangsstaat dar. Art. 55 Abs. 2 WÜK lautet: „Die konsularischen Räumlichkeiten dürfen nicht in einer Weise benutzt werden, die mit der Wahrnehmung der konsularischen Aufgaben unvereinbar ist.“ Eine entsprechende Regelung, welche die Nutzung einer Auslandsvertretung zu „subversiven“ Zwecken (Spionage u.a.m.) ausschließt, findet sich in Art. 41 Abs. 3 WÜD: „Die Räumlichkeiten der Mission dürfen nicht in einer Weise benutzt werden, die unvereinbar ist mit den Aufgaben der Mission, wie sie in diesem Übereinkommen, in anderen Regeln des allgemeinen Völkerrechts oder in besonderen, zwischen dem Entsendestaat und dem Empfangsstaat in Kraft befindlichen Übereinkünften niedergelegt sind.“

71 Vgl. insoweit Art. 8 Abs. 2 b) ii) IStGH-Statut: „Im Sinne dieses Statuts bedeutet `Kriegsverbrechen` [...] vorsätzliche Angriffe auf zivile Objekte, das heißt auf Objekte, die nicht militärische Ziele sind.“

a civilian objective. The not-so-friendly relations between Iran and Israel and past incidents are not a direct presumption that the embassy is a military objective and, therefore, Israel's claim that the embassy is a legitimate military target should be viewed with scepticism."⁷²

3.6.2. Konflikt zwischen Israel und dem Iran

Noch schwieriger zu begründen ist das Vorliegen eines **bewaffneten Konflikts zwischen Israel und dem Iran** zum Zeitpunkt des Raketenangriffs auf das iranische Konsulatsgebäude in Damaskus am 1. April 2024. Diskutiert wird in diesem Zusammenhang die Frage, ob der „erste Schuss“, der einen **internationalen bewaffneten Konflikt auszulösen vermag** (s.o. 3.6.1.) auch in einer **gezielten Tötung bestehen** kann.⁷³

Deutsche Völkerrechtler zeigen sich angesichts des Raketenangriffs vom 1. April skeptisch, von einem „**Schlachtfeld Syrien**“ zu sprechen, auf dem Israel und der Iran aufeinandertreffen.⁷⁴ Vor dem iranischen Angriff auf Israel am 13./14. April 2024 hat es augenscheinlich **keine direkte militärische Konfrontation zwischen den beiden Staaten** gegeben. Die jahrelangen militärischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und den **iranischen „Proxys“** (Hisbollah, Huthis, Hamaz etc.) – also der gegen Israel und die USA gerichteten sog. „**Achse des Widerstandes**“ – müssten dem Iran als Ausdruck der Staatenverantwortlichkeit **zurechenbar** sein, um von einem Konflikt zwischen Israel und den iranischen „Hintermännern“ sprechen zu können. Die **Kriterien der Zurechnung** (*effective* bzw. *overall control*) sind generell hoch und in der Rechtsprechungspraxis und der Völkerrechtslehre im Einzelnen auch nicht unumstritten.⁷⁵ *Eliav Lieblich*, Rechtsprofessor an der Universität von Tel Aviv, führt dazu näher aus:

„The relationship between Iran and these actors is crafted to leave space for plausible deniability regarding state responsibility for specific actions. It seems that to Israel, the entire self-described ‘axis of resistance’ is viewed as one actor – a web of state and non-state actors conducting ongoing hostilities and pursuing a joint strategy against it. [...]

72 Yönt, „Israel strike on Iranian Embassy: A grave threat to global diplomatic laws“, Middle East Monitor, 17. April 2024, <https://www.middleeastmonitor.com/20240409-israel-strike-on-iranian-embassy-a-grave-threat-to-global-diplomatic-laws/>.

73 Dazu Gurmendi, „Raising Questions on Targeted Killings as First Strikes in International Armed Conflicts“, *Opinio Juris*, 9. Januar 2020, <https://opiniojuris.org/2020/01/09/raising-questions-on-targeted-killings-as-first-strikes-in-iacs/>. Dies wurde im Fall *Soleimani* so gesehen: „After all, the Soleimani strike can be seen as a “first strike” triggering an IAC between the US and Iran.“

74 Vgl. z.B. Khan im SPIEGEL-Interview vom 16. April 2024, <https://www.spiegel.de/panorama/iran-israel-konflikt-israel-waere-jetzt-zum-gegenschlag-berechtigt-sagt-voelkerrechtler-a-37f5880f-7988-4f55-b323-76c02a91c231>. Ebenso zurückhaltend Ambos im SWP-Morning Briefing: „Aktuelle Eskalationsdynamiken in Nahost – Verrechtlichung der Konfliktbearbeitung?“, 25. April 2024.

75 Vgl. näher Dörr, in: Ipsen (Hrsg.), *Völkerrecht*, München 8. Aufl. 2024, § 30 Rn. 5 ff. (20).

So whether Iran has a valid claim of self-defense requires first determining whether the **conduct of the involved non-state actors is attributable to Iran**, either through **overall control** (some would posit the higher threshold of ‘effective control’) or substantial involvement in their actions. This is on top of the even more complex question of *jus ad bellum* in the relations between Israel, Lebanon, and Syria.“⁷⁶

Auf die Frage nach dem **Vorliegen eines bewaffneten Konflikts** zwischen Israel und dem Iran antwortet der Rechtswissenschaftler:

„Again, answering this requires making a determination regarding the legal relations between Iran and the various actors with which Israel is engaged in ongoing hostilities. If we think that the **actions of these groups are attributable to Iran, then there is definitely an international armed conflict between Iran and Israel**. If they are not attributable to Iran, the question is whether the sporadic exchanges between Israel and the IRGC [Iran’s Revolutionary Guard Corp], mainly in Syria, create an ongoing armed conflict between them. The accepted standard is that once an international armed conflict begins – when a state resorts to force against another – the armed conflict legally continues until the general close of military operations. But it seems to me that this standard is not fitting for a situation of tit-for-tat exchanges that can be months apart. I think that a standard such as “substantial disengagement,” or something similar, might work better.“

Auf die Frage nach der **Anwendung des *ius in bello*** heißt es dann weiter:

„If there is no long-standing, ongoing armed conflict between the parties, the question is whether International Humanitarian Law (IHL) applies to each attack separately as a “**micro**” **armed conflict**. The answer here relates to the debate on **whether IHL applies to the “first shot”** in an interstate resort to force. My view is that **IHL should apply in such cases**, because it is the better suited legal framework. It triggers the application of the legal regime of war crimes; guides combatants better in aspects such as precautionary measures; and recognizes combatant immunity which is pragmatically desirable in international armed conflict.“

Akzeptiert man das Vorliegen eines bewaffneten Konflikts und wendet in der Konsequenz das **humanitäre Völkerrecht** an, so würde sich die Frage nach der Zulässigkeit der „gezielten Tötung“ der iranischen Quds-Generäle in Damaskus am 1. April 2024 nicht (nur) in einem **menschenrechtlichen Kontext** (s.o. 3.5.), sondern gleichzeitig auch im **Kontext eines bewaffneten Konflikts** stellen. Als Mitglieder der iranischen Revolutionsgarden (Streitkräfte) wären die Generäle dann **Kombattanten** i.S.v. Art. 43 Abs. 2 ZP I/GK und dürften als legitimes militärisches Ziel bekämpft und getötet werden. Ein solches Ergebnis mutet in gewisser Weise „absurd“ an, wenn man davon ausgeht, dass der erste – gezielte – tödliche Schuss auf ein Mitglied der iranischen Revolutionsgarden dessen **Recht auf Leben nach Art. 6 des VN-Zivilpakts verletzt** (s.o. 3.5.), **gleichzeitig aber einen bewaffneten Konflikt auslöst**, in dem die Tötung derselben Person (als

76 Q&A with Eliav Liebllich on Iran-Israel Hostilities, Just Security, 16. April 2024, <https://www.just-security.org/94635/iran-israel-hostilities/>. Zum CV von Liebllich vgl. <https://en-law.tau.ac.il/profile/elielbllich>.

Kombattant) erlaubt ist. Diskutiert wurde dieses **rechtliche Dilemma** bereits im Kontext der Tötung des iranischen Quds-General *Soleimani* durch einen US-Drohnenangriff im Januar 2020; die Debatte wirft aber im Ergebnis mehr Fragen auf als sie beantwortet:

„The response to this question produces strange results. One can say that the first strike is not regulated by **International Humanitarian Law (IHL)**, because IHL will not be triggered until **after the first strike hits** (i.e. until after there is actual use of force between states), and so **International Human Rights Law (IHRL)** would apply and Soleimani would have been **unlawfully killed** (there would be no “absolute necessity”). One can also say, though, that the first strike **immediately** triggers IHL and **its consequence is therefore itself covered by IHL**. In this latter view, as Soleimani was a member of Iran’s armed forces, he would have been a **lawful military target** and would not have been arbitrarily killed. Both of these views can potentially lead to absurd results. [...]

Other potential questions also arise: Does this mean that as part of their precautions in attack, **states should refrain from generating casualties in their first strikes**, unless they comply with IHRL absolute necessity? Or is it that, given that first strikes trigger IHL, all members of an armed force are theoretically subject to an attack at all times, even when there is no conflict under way? In fact, what of several consecutive strikes? Is the first missile that strikes covered by IHRL and the second by IHL? [...]

The issue of targeted killings as first strikes under International Armed Conflicts, therefore, will need further exploration. At this point, one important conclusion that we can arrive at is that no matter on which side of the debate we find ourselves, as seen above, absurd results will be inevitable. A first killing of a soldier might lead us to want International Human Rights Law to apply, but a first detention might make us want to apply International Humanitarian Law, so as to ensure he or she receives Prisoner of War’s status. The discussion is difficult, and, in many ways, it responds not so much to legal interpretation, but to the fact that **targeted killings as a practice – in war and in peace – generates inevitable moral resistance.**⁷⁷

4. Angriff des Irans auf Israel (13./14. April 2024)

Der Angriff des Iran auf Israel in der Nacht zum 14. April 2024 lässt sich nach Umfang und Ausmaß unschwer als „**bewaffneter Angriff**“ qualifizieren, selbst wenn es dank des israelischen Verteidigungs- und Raketenabwehrsystems (*Iron Dome*) zu keinen nennenswerten Personen- oder Sachschäden gekommen ist.

Der Iran hat sich in seinem Schreiben an den VN-Sicherheitsrat vom 13. April 2024 auf das **Recht auf Selbstverteidigung** gegen den Raketenangriff vom 1. April auf das Konsulatsgebäude berufen. Dass aus Sicht des Irans weitere Militärschläge Israels unmittelbar bevorstünden, hat der Iran

⁷⁷ Gurmendi, „Raising Questions on Targeted Killings as First Strikes in IACs“, *Opinio Juris*, 9. Januar 2020, <https://opiniojuris.org/2020/01/09/raising-questions-on-targeted-killings-as-first-strikes-in-iacs/> (Hervorh. durch Verf.).

nicht behauptet. Eine **Rechtfertigung für präemptive/antizipatorische Selbstverteidigung** liefert die Begründung mithin nicht. Dort heißt es:

„This action was in the exercise of Iran’s inherent right to self-defense as outlined in Article 51 of the Charter of the United Nations, and in response to the Israeli recurring military aggressions, particularly its armed attack on 1st April 2024 against Iranian diplomatic premises, in the defiance of Article 2 (4) of the Charter of the United Nations. [...]. While warning about any further military provocations by the Israeli regime, the Islamic Republic of Iran reaffirms its unwavering determination to defend its people, national security and interests, sovereignty, and territorial integrity against any threat or acts of aggression and to respond to any such threat or aggressions vigorously and in accordance with international law. The Islamic Republic of Iran will not hesitate to exercise its inherent right of self-defense when required.“⁷⁸

Die vorliegende Untersuchung der Militäroperation vom 1. April 2024 hat gezeigt, dass diese zwar **unter dem Gesichtspunkt des Diplomatenrechts völkerrechtswidrig** gewesen ist (s.o. 3.1. und 3.2.), aber jedenfalls **keinen „bewaffneten Angriff“ gegen den Iran i.S.v. Art. 51 VN-Charta darstellt** (s.o. 3.4.).

Selbst wenn man von einem solchen ausgehen wollte, wäre dieser am 1. April 2024 jedenfalls abgeschlossen gewesen.

„Yet Iran had no right of self-defence on 13 April **because Israel’s attack concluded on 1 April**. Self-defence is only lawful where is it necessary to stop a continuing armed attack. Forcible retaliation, punishment or deterrence are illegal.“⁷⁹

Ist ein bewaffneter Angriff abgeschlossen, schlägt **völkerrechtlich zulässige Selbstverteidigung in unzulässige Vergeltung um**, es sei denn, es bestehen ganz konkrete Anhaltspunkte dafür, dass der Angreifer bereits zur nächsten Offensive ansetzt. Dies würde dann die Frage nach **präemptiver / antizipatorischer Verteidigung** aufwerfen.

Die Frage, wann ein bewaffneter Angriff „beendet“ ist, regelt Art. 51 VN-Charta nicht. Die Norm setzt als Tatbestandsmerkmal für zulässige Selbstverteidigung lediglich voraus, dass „an armed attack *occurs*“. Entscheidend ist mithin der **Zeitfaktor**, der von Fall zu Fall unterschiedlich beurteilt werden kann.⁸⁰ Dient der Angriff im Kern einer „gezielten Tötung“ gegnerischer Kräfte und

78 „Ambassadors Letter to UNSC Regarding Irans Response to Israeli Regimes Aggressions“, 13. April 2024, <https://newyork.mfa.gov.ir/files/Survey/2024041405034885681365472.pdf>.

79 Bericht des VN-Expertengremiums, Pressemitteilung vom 16. April 2024, „Israel and Iran must de-escalate conflict to protect human rights, warn UN experts“, <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2024/04/israel-and-iran-must-de-escalate-conflict-protect-human-rights-warn-un>.

80 Nach dem Angriff auf das World Trade Center am 11. September 2001 („9/11“) hatte die Staatengemeinschaft immerhin einen Zeitraum von knapp vier Wochen für zulässig angesehen, ehe die USA in Ausübung ihres Selbstverteidigungsrechts und auf der Grundlage der VN-Resolutionen 1368 (2001) und 1373 (2001) ab dem 7. Oktober 2001 gegen das Terrornetzwerk *Al Quida* in Afghanistan vorgingen (Operation *Enduring Freedom*).

war die Aktion aus Sicht des Angreifers erfolgreich, so spricht vieles für eine gleichzeitige Beendigung der Angriffshandlung. *Eliav Lieblich* analysiert die Problematik der (zeitlichen) Abgrenzung zwischen **Selbstverteidigung**, **Vergeltung** und **antizipatorischer / präemptiver Selbstverteidigung**:

„But we really need to differentiate such cases from situations in which a state retaliates against an isolated attack after it is completed, and when there are no serious prospects for further imminent attacks. Here, states often use the term “deterrence” loosely to portray an essentially punitive act as a defensive one. The trouble with **deterrence-based justifications** is not only their speculative nature, but also that they can *always* be utilized to **mask an act of retribution as a forward-looking act of prevention**. This is precisely why relying on deterrence as justification is so dangerous for any attempt to legally regulate the resort to force.“⁸¹

Bezeichnenderweise hat der Iran selbst in dem *Oil-Platform*-Verfahren vor dem IGH eine Unterscheidung zwischen **legitimer Selbstverteidigung** und **unzulässiger Vergeltung** im Kontext von punktuellen Militärschlägen vorgenommen. Vor dem IGH hat der Iran wie folgt argumentiert:

“The principle of necessity means that only that use of force which is necessary in order to repel an attack constitutes lawful self-defense. **If an armed attack is terminated, there is no further need to repel it**. Thus, self-defense is limited to an “**on-the-spot reaction**”, i.e., the necessary, immediate response to an armed attack. This is the principle of **immediacy**: it means that the employment of counter-force must be temporally interlocked with the armed attack triggering it. In the case of the invasion of another State’s territory, in principle an attack still exists as long as the occupation continues. But in cases of **single armed attacks (as distinguished from a general situation of armed conflict)**, the attack is **terminated when the incident is over**. In such a case the subsequent use of counter-force constitutes a **reprisal** and not an exercise of self-defense.”⁸²

Gemessen am eigenen Rechtsverständnis des Irans lässt sich der iranische Angriff auf Israel vom 13./14. April 2024 als **völkerrechtswidrig** bezeichnen.

5. Militäroperation Israels gegen den Iran (19. April 2024)

Im Vorfeld der israelischen Militäraktion gegen den Iran, die dann am 19. April 2024 als Reaktion auf den iranischen Angriff vom 13./14. April tatsächlich erfolgte und – gemessen an den zu-

81 Q&A with Eliav Lieblich on Iran-Israel Hostilities, Just Security, 16. April 2024, <https://www.justsecurity.org/94635/iran-israel-hostilities/>.

82 Case concerning Oil Platforms (*Islamic Republic of Iran vs. United States of America*), Reply and Defence to Counter-Claim, submitted by the Islamic Republic of Iran, 10. März 1999, S. 149, Punkt 7.47, <https://www.icj-cij.org/files/case-related/90/8630.pdf#page=154> (Hervorhebungen durch Verf.). Vgl. dazu *Adil Ahmad HaqueI*, “Iran’s Unlawful Reprisal (and Ours)”, Just Security, 8. Januar 2020, <https://www.justsecurity.org/67953/irans-unlawful-reprisal-and-ours/>.

vor laut gewordenen Befürchtungen – doch relativ maßvoll ausgeführt wurde, ist in der öffentlichen Debatte viel von **Vergeltung** die Rede gewesen.⁸³ Diese stellt – wie Außenministerin *Baerbock* zu Recht anmerkte – keine zulässige Kategorie des Völkerrechts dar.

Aus völkerrechtlicher Sicht ging es in den Tagen zwischen dem iranischen Angriff und dem israelischen Gegenschlag um die Frage, ob und inwieweit eine (potenzielle) militärische Reaktion Israels, das sich bereits am 13./14. April 2024 erfolgreich gegen den iranischen Raketen- und Drohnenangriff verteidigt hatte, auch Tage *nach* dem iranischen Angriff immer noch zulässig wäre.⁸⁴ Immerhin hatte der Iran seinen Militärschlag gegen Israel vom 13. April tags darauf als „**beendet**“ bezeichnet. Der Iran erklärte am 14. April 2024 dazu auf Twitter:

„Conducted on the strength of Article 51 of the UN-Charter pertaining to legitimate defense, Iran’s military action was in response to the Zionist regime’s aggression against our diplomatic premises in Damascus. **The matter can be deemed concluded.**“⁸⁵

Universell akzeptierte **völkerrechtliche Kriterien** nach denen sich die **Beendigung eines bewaffneten Angriffs** bzw. eines bewaffneten Konflikts (*ratione tempore*) festmachen lässt – vergleichbar etwa mit den bereits erwähnten „*Caroline*“-Kriterien für Selbstverteidigung gegen bevorstehende Angriffe – existieren nicht.

Herdegen zufolge bleibt Selbstverteidigung nach einem Angriff solange möglich, wie eine weitere Bedrohung „**nicht verlässlich ausgeräumt**“ worden ist.⁸⁶ Wie allerdings etwaige **Zweifel** über eine fortbestehende Bedrohung auszuräumen sind und welche **Beweislasten** („Taten statt Worte“) der betreffende Staat dabei zu tragen hat – also etwa schriftliche Zusagen, Präsentation von Satellitenaufnahmen von Truppenrückzugsbewegungen, Abschluss eines Waffenstillstandsabkommens, Starten von Abrüstungsinitiativen u.a.m. – bleibt offen. Denkbar ist auch, dass der angegriffene Staat, der in Ausübung seines Selbstverteidigungsrechts zum Gegenschlag gegen den Angreifer ausholt, die Verpflichtung (*due-diligence*) hat, eine **fortbestehende Bedrohungslage** etwa durch nachrichtendienstliche Aufklärung **substantiiert darzulegen**.

83 Vgl. z.B. die Berichterstattung in FR, 14. April 2024, „Nach „Vergeltungsschlag“ des Iran: Holt Israel zum Gegenangriff aus?“, <https://www.fr.de/politik/vergeltungsschlag-iran-israel-konflikt-gegenangriff-zr-93009507.html>. ZDF heute online vom 14. April 2024, „Iran warnt Israel vor Vergeltungsschlag“, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/iran-angriff-vergeltung-israel-warnung-100.html>.

84 In diesem Sinne etwa etwa *Khan* im SPIEGEL-Interview vom 16. April 2024: „Israel wäre jetzt zum Gegenschlag berechtigt“, <https://www.spiegel.de/panorama/iran-israel-konflikt-israel-waere-jetzt-zum-gegenschlag-berechtigt-sagt-voelkerrechtler-a-37f5880f-7988-4f55-b323-76c02a91c231>.

85 Meldung auf Twitter (X), 14. April 2024, https://twitter.com/Iran_UN/status/1779269993043022053. *Matthias Herdegen* lehrt Völkerrecht an der Universität Bonn und ist Direktor am *Center for International Security and Governance* der Universität Bonn.

86 *Herdegen*, Twitter-Meldung, 16. April 2024, https://twitter.com/Prof_Herdegen/status/1780304009133175018.

Entscheidend für die Frage nach der Beendigung eines bewaffneten Angriffs ist in erster Linie der **Zeitfaktor**. Darauf weist ein Bericht des **Instituts de Droit International**⁸⁷ hin, in dem es heißt:

"Defence must be carried out within a reasonable time from the initial attack. [The duration of the right depends on the magnitude of the use of force by the attacking State]. If self-defence is not exercised within a reasonable for the circumstances time, it risks to reverting to unlawful armed reprisals or aggression. But as Article 51 of the Charter does not provide that the reaction of the victim State shall be immediate, **flexibility as for the timing appears to be fair interpretation.**"⁸⁸

Mit Blick auf **Verlauf und Beendigung eines bewaffneten Konflikts** verwenden die Genfer Konventionen **unterschiedlich weitreichende Begriffe** wie die „Beendigung der Feindseligkeiten“ (*close of hostilities*, Art. 46 GK IV), die „Einstellung der aktiven Feindseligkeiten“ (*cessation of active hostilities*, Art. 118 Abs. 1 GK III) oder die „allgemeine Einstellung der Kampfhandlungen“ (*general close of military operations*, Art. 6 Abs. 2 GK IV), ohne diese jedoch tatbestandlich näher zu definieren. Letztere beendet nach allgemeiner Auffassung – im Rechtssinne – den bewaffneten Konflikt.⁸⁹ Das IKRK führt zu der Frage, wann ein internationaler bewaffneter Konflikt endet, in seinem Positionspapier aus:

„[...] this **requires a factual assessment in every case**. International armed conflicts are sometimes characterized by unstable ceasefires, a progressive decrease in intensity, and/or intervention by peacekeepers, blurring the line between the suspension and definitive end of hostilities, and rendering it more **difficult to determine with precision when an international armed conflict has ceased to exist from a legal perspective**. Thus, as is the case with the classification of conflicts, the declassification of conflicts must be based on the facts on the ground analysed in light of the applicable international humanitarian law (IHL) legal criterion, which for the ICRC is the general close of military operations. Hostilities must end with a degree of stability and permanence for the international armed conflict to be considered terminated.“⁹⁰

87 Das *Institut de Droit international* ist eine Gelehrtenvereinigung aus einer (satzungsmäßig festgelegten) Anzahl von 132 Rechtsexperten, welche die Entwicklung des internationalen Rechts wissenschaftlich verfolgen und durch entsprechende Vorschläge beeinflussen. Die Organisation wurde am 8. September 1873 in Gent/Belgien gegründet und erhielt für ihr Engagement 1904 den Friedensnobelpreis. Vgl. näher *Macalister-Smith* „Institut de Droit international“, in: Max Planck Encyclopedias of International Law (MPIL) <https://opil.ouplaw.com/display/10.1093/law:epil/9780199231690/law-9780199231690-e947>.

88 *Annuaire de l'Institut de Droit International*, Vol. 72 (2007), „Present Problems of the Use of Force in International Law“, S. 104 Rn. 54, <https://www.idi-iil.org/app/uploads/2017/06/Roucounas.pdf> unter Verweis auf *Gray*, *International Law and the Use of Force*, Oxford Univ. Press, 4. Aufl. 2018, S. 121.

89 Dazu näher *Grignon*, „The ‘General Close of Military Operations’ and the End of Armed Conflicts“, *Lieber Institute West Point*, 21. September 2022, <https://lieber.westpoint.edu/general-close-military-operations-end-of-armed-conflicts/>.

90 ICRC Opinion Paper 2024: „How is the term ‘Armed Conflict’ defined in international law?“, S. 10, <https://www.icrc.org/en/document/icrc-opinion-paper-how-term-armed-conflict-defined-international-humanitarian-law> (Hervorhebungen durch Verf.).

Ob der iranische Militärschlag gegen Israel vom 13./14. April 2024 – ungeachtet der iranischen Beteuerungen auf Twitter („*the matter can be deemed concluded*“) – tatsächlich abgeschlossen war und ob damit gleichzeitig auch die Kampfhandlungen im Sinne der IV. Genfer Konvention „eingestellt“ (*close of hostilities*) waren, **lässt sich kaum zweifelsfrei feststellen**. Ob die **Erklärung eines Staates**, der Israel sein „Existenzrecht“ abspricht und mithilfe seiner militärisch ausgerüsteten „Proxys“ seit vielen Jahren einen „Schattenkrieg“ gegen Israel führt, **glaubwürdig** ist, lässt sich mit guten Gründen bezweifeln. Zieht man neben der kurzen Twitter-Meldung vom 14. April auch das Schreiben des Iran vom 13. April 2024 an den VN-Sicherheitsrat heran, so wird deutlich, dass sich der Iran durchaus weitere **militärische Optionen vorbehalten** hat, diese aber ausdrücklich von der (potenziellen) Reaktion Israels abhängig machen wollte.

„While warning about **any further military provocations by the Israeli regime**, the Islamic Republic of Iran reaffirms its unwavering determination to defend its people, national security and interests, sovereignty, and territorial integrity against any threat or acts of aggression and to **respond to any such threat or aggressions vigorously** and in accordance with international law.“⁹¹

Ob aus Sicht Israels eine **Bedrohung durch den Iran** zum Zeitpunkt des israelischen Gegenschlages vom 19. April 2024 tatsächlich **noch fortbestand**, lässt sich ohne nähere Kenntnisse der Hintergründe kaum valide beurteilen. Auch *Eliav Lieblich* vermag diese Frage nicht zu beantworten:

„Question: Can Israel make a plausible legal case that there is a reasonable expectation that attacks from Iran might continue, and that it is therefore necessary to act in self-defense, despite official Iranian statements that the attack has “concluded”?

„Answer: I think Israel would be hard-pressed to make such an argument precisely because Iran’s direct attack on Israeli territory was unprecedented, so it would be **difficult at this point to argue that there is a pattern of attacks that reasonably establishes that further attacks of this type are incoming from Iran**. But again, whether Iran’s operations have indeed been “concluded” reverts to the question of **how we understand the involvement of Iran in ongoing operations by non-state actors** in the region.“⁹²

Der Vertreter der USA bei den VN bekräftigte auf einer Sitzung des Sicherheitsrats vom 14. April 2024 das **fortbestehende Selbstverteidigungsrecht Israels**: „*The United States also supports Israel’s exercise of its inherent right to defend itself in the face of this attack.*“⁹³ Ob diese Erklärung in Kenntnis aller Hintergrundinformationen getroffen wurde oder ob hier politische Gründe überwogen, lässt sich an dieser Stelle nicht verifizieren.

91 „Ambassadors Letter to UNSC Regarding Iran’s Response to Israeli Regime’s Aggressions“, 13. April 2024, <https://newyork.mfa.gov.ir/files/Survey/2024041405034885681365472.pdf>.

92 Q&A with Eliav Lieblich on Iran-Israel Hostilities, Just Security, 16. April 2024, <https://www.justsecurity.org/94635/iran-israel-hostilities/>.

93 Remarks at a UN Security Council Meeting on the Situation in the Middle East, 14. April 2024, <https://usun.usmission.gov/remarks-at-a-un-security-council-briefing-on-the-situation-in-the-middle-east-29/>.